

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Samstag, 25. Juni 1938

Nr. 148

Aus dem Inhalt:

Klassenkampf
gegen Staatsinteressen

Denunziantenpack
in Karlsbad

Bericht des Bankrates

Der Hölle entronnen

Bis 1. Juli: Steuerrefundierung für die Textilindustrie

Prag. In der Freitag stattgefundenen Sitzung der Wirtschaftsminister wurde in bezug auf die Rückerstattung für die Textil- und Textilwarenindustrie mitgeteilt, daß die Frage der Rückerstattung der Handelssteuern erledigt worden ist. Auch die Frage der Rückerstattung der Umsatzsteuer wurde gelöst und eine entsprechende Vereinbarung wird bis zum 1. Juli veröffentlicht werden. Es werden weitere Wege gesucht, um diesem schwer betroffenen Industriezweig zu helfen. — Die nächste Sitzung des Wirtschaftskomitees findet Montag nachmittags statt.

Viehsyndikat bis Ende 1938 verlängert

Amtlicher Bericht aus dem Ministerrat

Der Ministerrat hielt Freitag seine regelmäßige wöchentliche Sitzung ab, in der nach der Verhandlung aktueller politischer Fragen folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Von internationalen Verträgen wurde das Abkommen über die Errichtung und den Betrieb von Fluglinien zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn und das Abkommen mit Polen über einige Kompensationen genehmigt.

Auf dem Gebiete der Verordnungsvollmacht der Regierung genehmigte der Ministerrat den Entwurf der Regierungsverordnung über die Beschaffung von Hilfsmittelgarnituren für die erste Hilfe bei Flugzeugangriffen und den Entwurf der Regierungsverordnung über die Durchführung des Spinnareibes.

Weiter wurden die Grundsätze für die Ausführung des Ertrages der Sammlungen für die Staatsverteidigung, insbesondere über die Konzentrierung, die Verwendung und die Kontrolle festgelegt.

Erteilt wurde die Bewilligung zur Reorganisation der Handelsschulen des Handelsakademie in Prag XII, der Handels- und Gewerbeschule in Brünn und der Stadt Pardubitz zu Handelsakademien.

Die Wirksamkeit des Syndikates für die Bewertung von Vieh und tierischen Produkten wurde bis Ende des Jahres 1938 verlängert.

Schließlich wurde die laufende Tagesordnung der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Personalanträge behandelt.

Wer wird das bezahlen?

London. Ueber die Freitagsführung des Unterausschusses für Nichteinmischung wurde folgender Bericht ausgegeben: Die finanzielle Seite des Planes zur Abberufung der Freiwilligen wurde neuerlich durchgesprochen, ein definitives Einvernehmen wurde jedoch nicht erzielt. Der Ausschuss wird sich mit dieser Angelegenheit in seiner nächsten Sitzung am 28. Juni neuerlich befassen.

Die Rückleitungskosten belaufen sich insgesamt auf rund zwei Millionen Pfund; davon sollen rund 750.000 Pfund als Kosten des Rücktransportes zur See nach der Heimat von den Ländern getragen werden, welche den Abgang der Freiwilligen nach Spanien gestattet haben. Der Restbetrag ist zwischen den Mächten aufzuteilen, wobei ein Hinweis auf die bisherige Haltung der Sowjetunion war, welche alle Zahlungen ablehnte.

Bomben auf japanische Kriegsschiffe

Hankau. Das Oberkommando der chinesischen Fliegertruppe teilt mit, daß am Donnerstag bei dem Anflug chinesischer Flugzeuge auf Tantsu und Umgebung drei japanische Kriegsschiffe von Bomben getroffen wurden. Auf einem der Schiffe wurde ein Brand beobachtet.

Am linken Ufer des Jangtse-Flusses, ungefähr 50 Kilometer westlich von Wahu, haben die Japaner 1000 Mann ausgebootet, die sich allerdings nach mehrstündigen harten Kämpfen mit den chinesischen Streitkräften auf die Schiffe zurückziehen mußten.

Koalition erörtert Nationalitätenstatut

Hodža und Křofka referieren

Prag. Amtlich wird gemeldet: Freitag nachmittags trat im Abgeordnetenhause um 15 Uhr eine Sitzung der Vorsitzenden der Koalitionsparteien und der Vorsitzenden der Abgeordneten- und Senatorenklubs der Republikanischen Partei, der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei, der tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei, der tschechoslowakischen Volkspartei, der tschechoslowakischen Handels- und Gewerbevereinigung und der Nationalen Vereinigung zusammen. An der Sitzung nahmen der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Malypetr und der Vorsitzende des Senates Dr. Soukup teil.

Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodža erstattete in der Sitzung einen Bericht über die eben von der Regierung der Republik verhandelten Nationalitätenfragen und gab eine Uebersicht über den bisherigen Fortgang der Verhandlungen mit den Vertretern der Sudetendeutschen Partei. Außenminister Dr. Kamil Křofka erstattete hierauf einen Bericht über die heutigen internationalen Verhältnisse.

Im Anschluß an diese Rundgebung entwickelte sich eine Debatte, in welcher die einzelnen Punkte der Darlegungen des Regierungsvorsitzenden und des Außenministers eingehend und sachlich erörtert wurden.

Ein Vorschlag des Abg. Dr. Weisner, bei der Lösung der Fragen der Nationalitätenpolitik und der Verwaltungsreformen die enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament zu verwirklichen, gab die Anregung zu dem

Beschluß, die Sitzungen der Parteivorsitzenden und der Klubvorsitzenden der Regierungsmehrheit mit dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Regierung fortzusetzen.

Gemeinsamer Ausschuß

Grundsätzlich wurde dann ein Antrag des Vorsitzenden der Regierung angenommen, daß alle Gesetzentwürfe zur Lösung der Fragen der Nationalitätenpolitik von einem gemeinsamen Ausschusse des Abgeordnetenhause und des Senates verhandelt werden, deren Mitgliedern die Arbeit dadurch ermöglicht werden wird, daß sie von der Regierung über den Fortgang der Arbeiten informiert und mit dem gesamten nötigen dokumentarischen, vergleichenden und legislativen Material ausgestattet werden.

Hlinka-Abgeordnete bei Hodža

Prag. (Amtlich.) Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodža empfing Freitag vormittags im Ministerratspräsidium eine Delegation des Vorstandes der Slowakischen Volkspartei Hlinka, und zwar die Abgeordneten Dr. Tiso, Sivák, Šidor, Danihel und den Generalsekretär der Partei Abg. Dr. Sošal. Die Delegation trug dem Vorsitzenden der Regierung einige auf die Administrative bezügliche Beschwerden vor.

Oesterreichische Arbeitslose nach dem Reich verschickt

„Zukunft schwerer —
kurz gestellte Frist“

Wien. Der Präsident der Reichsanstalt für den Arbeitsdienst hat Maßnahmen zur Regelung des „Einflusses“ von Arbeitslosen aus Oesterreich im Reich getroffen. Die Zahl der einsatzfähigen Arbeitslosen im Reichsgebiet ist, wie es heißt, ständig im Abnehmen begriffen und reicht für gewisse Anforderungen nicht mehr aus. Es ist daher unvermeidlich, auf Arbeitskräfte aus Oesterreich zurückzugreifen. Der Erlass stellt fest, daß hierbei der eigene Bedarf Oesterreichs besonders in der Landwirtschaft zu berücksichtigen ist; der oesterreichischen Landwirtschaft dürfen die Arbeitskräfte nicht entzogen werden. Die Arbeitsämter in Oesterreich vollziehen diese Bestimmungen bereits längere Zeit. Fast täglich werden Tausende von Arbeitslosen aus Oesterreich nach Deutschland geschickt.

Wien. Donnerstag fand in Wien die erste gemeinsame Rundgebung von Betriebsführern und Gefolgschaften der Wiener Betriebe im Rahmen der deutschen Arbeitsfront statt. Der Gaubausführer der Deutschen Arbeitsfront Schneeberger betonte in seiner Ansprache, daß die Zukunft in vieler Hinsicht schwerer sein wird als das, was bisher überwunden wurde. Wir wissen sehr wohl, sagte er, daß manche nur zu ungelommen sind, weil wir an der Macht sind. Unsere Aufgabe wird es sein, diesen Leuten eine neue Weltanschauung zu geben. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir haben eine gigantische Aufgabe vor uns und wir müssen sie in einer kurzen und gestellten Frist durchführen.

Keine freie Bahn für Hitler

Englands Wirtschaftshilfe für Südosteuropa

Bukarest. In Bukarester Wirtschaftskreisen hält man es für möglich, daß der bekannte englische Wirtschaftsfachverständige Sir Keith Rock in absehbarer Zeit nach Rumänien kommen wird. Nach Ansicht dieser Wirtschaftskreise ist das Interesse Englands an bestimmten rumänischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der letzten Zeit sehr wesentlich gestiegen. Man hält es für möglich, daß dieses Interesse zum Teil durch die Uebernahme beachtenswerter Mengen solcher Erzeugnisse und zum Teil durch bestimmte Investitionen zum Ausdruck kommen werde.

Paris. Die diplomatische Redaktrice des „Devoir“ Frau Tabouis erfährt, daß bei den Londoner Besprechungen des ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten Tatarescu mit Chamberlain und den englischen politischen Führern ein grundsätzliches englisch-rumänisches Uebereinkommen über die Radkha-Gewinnung in den Petrosellum-Quellen, bei denen die Förderung in der letzten Zeit eingestellt war, erzielt wurde. Durch diese Wirtschaftspolitik, die durch eine ansehnliche englische Anleihe an Rumänien zur Finanzierung

der großen Arbeiten unterstützt werden wird, wird England die deutsche Durchdringung des Balkans sehr wirksam hemmen. England hat in seinen Finanzquellen eine Waffe in der Hand, schreibt das Blatt, vor der Reichskanzler Hitler sich heugen muß.

Französische Wirtschaftsdelegation nach Prag

Paris. (Tsch. P. B.) In hiesigen politischen und wirtschaftlichen Kreisen wird angegeben, daß eine französische Handels- und Wirtschafts-Deputation wahrscheinlich nächsten Monat — sofort nach der Rückkehr aus Italien — nach Prag reifen wird, um Verhandlungen über eine Neuregelung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei zu führen. Unter anderem handelt es sich auch darum, einen Teil der französischen Einfuhr aus dem früheren Oesterreich auf eine für beide Teile befriedigende Weise auf die Tschechoslowakei zu übertragen.

Bedeutsame Verhandlungen

Zwischen der Regierung und den Vertretern der Sudetendeutschen — nicht nur der SDP, sondern auch der deutschen Sozialdemokraten, welche bereits Gelegenheit hatten, den Ministerpräsidenten und andere Mitglieder der Regierung über ihre Auffassung zu informieren und es auch weiterhin tun werden — finden Besprechungen über die Regelung der nationalen Frage statt, welche weit über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus Beachtung finden. Diese Verhandlungen, welche Erleichterungen auf dem Gebiete des Sprachrechtes, die Befriedigung der Deutschen bei Anstellung im öffentlichen Dienst und eine Reform der öffentlichen Verwaltung zum Gegenstande haben, werden längere Zeit in Anspruch nehmen, als man ursprünglich dachte. Alle jene — im Ausland und im Inland — die am Frieden Europas interessiert sind, wünschen eine dauernde Regelung der nationalen Streitfragen und es ist durchaus notwendig, daß die Regierung der Republik mit einem großzügigen Borschlage kommt, der dem Frieden im Innern und dadurch auch dem Frieden Europas dient. Aller Diskriminierung der Sudetendeutschen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung muß ein Ende gesetzt werden, volle Gleichberechtigung der Nationen muß das Ergebnis der Verhandlungen sein. Im Rahmen des Staates, an dessen Einheit und Wehrhaftigkeit wir festhalten, muß alles geschehen, um das zu reparieren, was man durch zwei Jahrzehnte verjämmt hat.

Auf eines wollen wir dabei die Aufmerksamkeit lenken: für die Durchführung all dessen, was dazu dienen soll, die gerechten Forderungen des Deutschturns zu befriedigen, müssen Garantien geschaffen werden. Es war bei den Vereinbarungen des 18. Februar 1937 ein Fehler der Regierung und der tschechischen Parteien, daß die geplanten Durchführungsverordnungen zu den Grundgesetzen, über die man sich geeinigt hatte, nicht erlassen wurden. Daß den Deutschen ihr Recht werde, darf nicht von der Willkür irgend eines Ministerialrates einer Zentralbehörde in Prag oder eines Bezirkshauptmannes in irgend einer Provinzstadt abhängen. Alles muß zwingendes Recht sein und die Durchführung des Nationalitätenstatuts muß überwacht werden, jeder Saboteur des nationalen Friedens muß zur Verantwortung gezogen werden. Es handelt sich um die Lebensinteressen des Staates und um die Zukunft Europas. Gelinigt der Republik eine Regelung des nationalen Problems, dann wird der Staat und das tschechische Volk sich die Achtung der gestifteten Welt eringen und es wird eine historische Tat gesetzt sein, deren segensreiche Wirkungen auf Jahrzehnte hinaus feststehen und von der unsere Kinder und Enkel zehren werden. Es wird ein Vorbild geschaffen werden für die Regelung der Minderheitsfragen in allen Staaten Europas, d. i. für ein besseres Europa, das Friede und Wohlfahrt für alle bedeutet und das sich der Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen der Massen durch eine bessere Gesellschaftsordnung widmen kann.

Die sudetendeutsche Sozialdemokratie kämpft für Demokratie und Fortschritt. Sie will den nationalen Frieden — aber sie wird sich mit aller Entschiedenheit gegen die reaktionären und totalitären Pläne stellen, gegen den Mißbrauch der Lösung des nationalen Problems als Vorwand zur Verwirklichung der tschechoslowakischen faschistischen Zwecke. Wir kennen die sozialpolitischen Vorschläge der SDP und werden jede undemokratische Zwangsorganisation ablehnen, welche die SDP anstrebt. Es gibt keine Zerteilung des Staates in ein totalitäres und demokratisches Gebiet, es gibt bei uns keine faschistischen Experimente. Der Schuß einer nationalen Minderheit wird keine Waffe zur Unterdrückung einer politischen Minderheit werden.

Wie auch die gegenwärtigen Verhandlungen beendet werden, ob die SDP dem Nationalitätenstatut zustimmt oder nicht, die Einheit und Einigkeit der sudetendeutschen Partei wird nachher nicht größer sein als vorher. Das rasche Wachstum der Partei hat verhindert, daß aus den Reihen, die ihr — aus den verschiedensten nicht immer ideellen Gründen zugeströmt sind — ein lebendiger, einheitlich ideologischer Körper geworden ist. Diese Tatsache wird zum Ausdruck kommen — in kürzerer oder längerer Zeit, und

